

5 Übergangsphänomene

Wie kann sich diese neue Regelung (KIES), durch die die Marktwirtschaft ihren Charakter als „Kapitalismus“ verliert, weil nicht mehr die Arbeit unter das Kapital, sondern das Kapital unter die Arbeit subsumiert wird, in genügend großem Maßstab durchsetzen?

5.1 Die homogene Lösung

Die sogenannte „Welt-Evolution“ kann mit den geringsten Kollisionen ablaufen, wenn praktisch alle Gegenden dieser Welt gemeinsam die neue Kapitalbewertung einführen. Dann gibt es nirgendwo lokale Rückzugswinkel (Steuerparadiese) für das Kapital, so daß wir über das Phänomen Kapitalflucht etc. nicht nachzudenken brauchen.

Dies setzt natürlich voraus, daß die wichtigsten der neuen Gedanken vorher weltweit verbreitet werden und bei der Bevölkerung Anklang finden.

Damit die krassen Vermögensunterschiede, die in der OE herrschen, in der NE nicht noch Jahrzehnte weiterbestehen und eine gewisse Gefahr des Rückfalls in die OE heraufbeschwören, kann das KIES-Gesetz für die Übergangszeit eventuell durch nichtlineare Komponenten ergänzt werden (siehe Kapitel 4.5, 4.6), um das „Großsignalverhalten“ dieses ökonomischen Reglers zu verbessern.

5.2 Die inhomogene Lösung

Falls es aber nicht so homogen abläuft, und sich z.B. ein Kerngebiet und ein Randgebiet mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei der KIES-Einführung herausbilden, muß man sich beizeiten über folgende Effekte Gedanken machen:

1. *Kapitalflucht*: Der Kies ist natürlich ein Standortnachteil aus Sicht des Kapitals. Personen mit großem Kapitalbesitz, also hohem $w_i = C_i / v_i$, könnten daher versucht sein, ihr Kapital in Gegenden zu transferieren, die beim KIES-System nicht mitmachen, bzw. sie wandern höchstpersönlich mitsamt ihrem C_i aus.
2. *Einwanderung der Arbeiter in das Kerngebiet*: Der KIES beschert den Arbeitern eine kräftige Einkommenserhöhung. Das macht das KIES-Gebiet attraktiv für Arbeiter, denn KIES ist ein Standortvorteil aus Sicht der Arbeiter.
3. *Nachteile wegen verringerter Wachstumsarbeit*: Ein Hauptziel der KIES-Einführung ist es, die Ausbeutung zu beseitigen. Dies heißt, man muß für den gleichen oder auch höheren Wohlstand weniger arbeiten. Die direkte Folge ist, daß Teil II der Wirtschaft etwas zunimmt während Teil I, die Wachstumsarbeit, deutlich abnimmt. Somit wird der technische Fortschritt, die Produktivitätserhöhung, verlangsamt. Wenn andere Regionen dieser Erde währenddessen noch die alte Ausbeutung beibehalten, werden diese mit der Zeit einen Produktivitätsvorsprung erlangen. Es wird dann zunehmend schwerer sein, noch in diese Gegenden zu exportieren oder mit ihnen am Weltmarkt zu konkurrieren.

Man müßte hier wohl über eine gewisse Autarkie (Selbstversorgung) nachdenken, also die Möglichkeit, ohne den Handel mit diesen Ländern auszukommen. Diese Autarkie wird um so leichter gelingen, je größer der Einzugsbereich der Neuen Wirtschaft ist und je besser dieses Einzugsgebiet mit den nötigen Rohstoffen ausgestattet ist.

In so einer Lage wird die Versuchung groß sein, vom „feindlichen“ Umland Kredite und

geliehene Maschinen anzunehmen, in der Hoffnung, auf diese Weise den Produktivitätsvorsprung einholen zu können. Hiermit würde man sich aber in gefährliche Abhängigkeit begeben wegen des Zwangs, die Kredite mit weltmarktfähigen Produkten zurückzuzahlen.

Die KIES-Länder sollten möglichst überhaupt keine Kredite von solchen Kapitalgebern annehmen, die sich dem KIES-System entziehen. Denn jeder, der für ein solches Kapital arbeitet oder der Zinsen dorthin zahlt, der hat diesem Kapital Mehrarbeit geleistet, die unwiederbringlich verloren ist – keine Chance, sie indirekt wiederzuerlangen.

Wenn jemand, der sich von so einem „Fremdkapital“, das keinen KIES abführt, hat ausbeuten lassen, anschließend beim KIES-Amt den Antrag auf KIES stellt, kann das KIES-Amt mit Fug und Recht entgegnen: Dieser Mehrwert ist verloren, da kann man nichts machen.

4. Leider sind es nicht allein marktwirtschaftliche Mechanismen des Umlands, mit denen das Kerngebiet in der Übergangszeit rechnen muß. Aus der Geschichte der Sowjetunion und des Ostblocks ist bekannt, zu welchen politischen und sonstigen Mitteln die „Freie Welt“ greift, wenn es um Recht und Freiheit des Kapitals geht. Sehr beliebt sind z.B. *Boykott-* und *Embargo-*Maßnahmen. Noch heute gibt es die COCOM-Liste, auf welcher der Westen mißliebige Länder (Rußland, Cuba etc.) vermerkt hat, in welche hochwertige Technologiegüter nicht exportiert werden dürfen.
5. Und schließlich könnte vom Umland die *militärische* Karte gespielt werden, in zwei Varianten:
 - Wettrüsten, also die militärische Drohung des Umlands, dem KIES-Gebiet den Garaus zu machen (worauf dieses irgendwie reagieren muß, wahrscheinlich durch eigene Rüstung); dies könnte auf Totrüsten abzielen, denn das kapitalistische Umland wird mitbekommen, daß das KIES-Gebiet wegen der abgeschafften Ausbeutung weniger Mittel für so unsinnige „Faux frais“ wie das Militär übrig hat;
 - zweitens: die Ausführung der Drohung.



Mit diesen lieblichen Phänomenen muß man sich leider für den Fall der inhomogenen Entwicklung herumschlagen. Aber ich denke, auch diese Aufgaben sind lösbar, und es wäre doch gelacht, wenn die Menschheit die Befreiung aus der Tretmühle, in der wir uns heute befinden, nur deswegen nicht anpackt, weil es beim Übergang gewisse Vorsichtsregeln zu beachten gilt.

6 Zusammenfassung und Schlusswort

Wir haben in Kapitel 1 die Aufgabe geschildert, die es zu lösen gilt: Die Beseitigung der vielfältigen Formen von Not, Armut und Ausbeutung auf dieser Welt. Wir haben festgestellt, daß diese Übel offenbar mit der Wirtschaftsform zusammenhängen, und daß die heute vorherrschende Form der Wirtschaft die Marktwirtschaft ist, und zwar in ihrer Ausprägung als Kapitalismus, und daß die Alternative „Sozialismus“ aus verschiedenen Gründen praktisch verschwunden ist.

Dann haben wir in Kapitel 1 bereits den neuen Vorschlag skizziert, mit welchem die Vorherrschaft des Kapitals in der Marktwirtschaft beendet werden kann, so daß eine Marktwirtschaft mit mehr Freiheit als je zuvor, mit Wohlstand für alle, ohne Ausbeutung und ohne Wachstumszwang entsteht. Diese neue Wirtschaft, die auf dem Wertgesetz und anderen Erkenntnissen von Marx beruht, wurde in diesem Buch einfach als New Economy, NE, bezeichnet. Ob man sie z.B. auch als sozialistische Marktwirtschaft (nicht mit der Wirtschaft Chinas verwechseln!) oder vielleicht als Dritten oder Vierten Weg bezeichnen könnte, kann in der nun hoffentlich anhebenden Diskussion nebenbei geklärt werden.

In Kapitel 2 habe ich versucht, die wesentlichen Erkenntnisse aus dem Marx'schen Dreiteiler, Kapital Band 1 bis 3 [K1, K2, K3], anhand unserer heutigen Situation darzustellen, wobei das Ziel nicht war, diese drei Bücher wie ein Tryptichon auszulegen und zu interpretieren, sondern das Ziel war, dem Leser / der Leserin die Mechanismen dieser Wirtschaft mit Hilfe der Marx'schen Einsichten so klar zu machen, daß ihm/ihr deutlich wird, was die Quelle der Armut ist und wo er/sie den Hebel zur Veränderung ansetzen kann.

Kapitel 3 befasst sich dann mit den Voraussetzungen und den Anforderungen an eine vernünftige Wirtschaftsform. Dazu wird dort die sogenannte Freie Gesellschaft (FG) besprochen, die auf der Abschaffung der Ausbeutung, aber auch auf Vergesellschaftung der Produktionsmittel beruht, was gewisse Nachteile mit sich bringt.

Die Lösung der gestellten Aufgabe, nämlich das KIES-System zur Einführung des echten Leistungsprinzips (Einkommen entspricht der individuellen Leistung ohne Abzug des Mehrwerts) in die Marktwirtschaft, wodurch der heutige Zwang zur uferlosen Leistung verschwindet, wird in Kapitel 4 ausführlich dargestellt. Die voraussichtliche Entwicklung dieser New Economy (NE) wird anhand der Simulation der ersten dreißig Jahre nach der „Wende“ demonstriert.

Kapitel 5 befasst sich mit der Frage, wie der Übergang zum neuen Wirtschaftssystem sich praktisch vollziehen könnte und auf welche Widerstände man gefasst sein muss.

Dieses Buch begann mit der Verwunderung darüber, warum der Groschen einfach nicht fallen will. Ich bin zuversichtlich, denselben mit diesem Buch wieder ein wenig in Bewegung versetzt zu haben und bin nun gespannt, ob er seinen Weg findet.

Die Diskussion ist eröffnet.

7 Anhang: Leserbriefe und Flugblätter

Zur weiteren Verdeutlichung der Gedankenwelt dieses Buches werden hier einige Leserbriefe und Flugblätter abgedruckt, mit denen der Autor im Jahre 1998 versucht hat, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Im folgenden finden sich bereits veröffentlichte wie auch noch unveröffentlichte Leserbriefe.

Die Originalartikel, auf die sich die Leserbriefe beziehen, werden hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben; ihre Kenntnis ist zum Verständnis der Leserbriefe nicht unbedingt erforderlich, da diese weitgehend „self-contained“ sind. Der Leser wende sich ggf. an die betreffende Zeitung.

7.1 Leserbriefe

7.1.1 Leserbrief: Waren die 68er erfolgreich?

Eingereicht an die SZ am 10. Mai 98. Nicht im Druck erschienen.

Zu dem Artikel Unter dem Pflaster liegt der Zaster von Claudius Seidl in der SZ vom 2./3. Mai 98 im Feuilleton, Seite 13.

Der Artikel hat den provokanten Untertitel: „Die Revolution hat gesiegt, der Kapitalismus auch“. Hierzu hätte ich folgende Anmerkungen.

Die „Revolution“ der 68er hatte im Prinzip zwei Richtungen: a) Den *politisch-kulturellen* Impuls: Den „Muff unter den Talaren“ auslüften, die Macht der Familie und anderer bürgerlicher Institutionen verringern, Abkehr vom „Konsumterror“, Frauenemanzipation, sexuelle Befreiung, Bürgerbewegungen, mehr Demokratie etc.; b) den *politisch-ökonomischen* Impuls: Die Notstandsgesetze verhindern, den Vietnamkrieg und die Ausbeutung der Dritten Welt beenden, die Arbeiter befreien, „Das Kapital“ entmachten. Es scheint so, daß der kulturelle Impuls in vielfältiger Weise erfolgreich war: Ausbildung und Arbeitswelt wurden modernisiert; es gibt Bürgerbewegungen und die Grünen, kurz gesagt: Mehr Demokratie. Dies kann man evtl. auch mit „Verwestlichung“ bezeichnen: Angleichung der politischen Kultur Deutschlands an den US-amerikanischen Standard. Der zweite, gegen den Kapitalismus gerichtete Impuls war aber offenbar nicht erfolgreich: Im Gegenteil: Der Kapitalismus blüht stärker denn je. Er hat sich sogar die Ergebnisse des kulturellen Impulses der 68er zunutze gemacht, wie in dem Artikel anschaulich darstellt. Da aber die 68er nicht gerade eine Stärkung des Kapitalismus, sondern seine Beschränkung, wenn nicht gar Beseitigung, zum Ziel hatten, ist die Aussage, daß die „Revolution gesiegt“ hätte, natürlich etwas gewagt. Man kann genauso gut zu dem Ergebnis kommen, daß die 68er-Bewegung in ihrem Kern gescheitert ist, denn sie hat die wirkliche Befreiung der Gesellschaft aus der Vorherrschaft des Kapitals nicht geschafft.

Die Frage ist nun: Warum hat die 68er-Bewegung diesen für ihre Initiatoren ungewollten Verlauf genommen? Die Antwort ist, daß die Bewegung einige wesentliche Fehler gemacht hat: 1) Sie hat die Unfreiheit der Menschen hauptsächlich als *kulturell* bedingt angesehen und hat daher gemeint, die Abschaffung des „Spießertums“ und die Betonung von Kreativität und Spontaneität würde die große Befreiung bringen. 2) Sie hat sich unter dem Stichwort „Konsumterror“ gegen die materiellen Bedürfnisse der Arbeiter gewandt und hat sich dadurch den berechtigten Vorwurf zugezogen, elitär und arrogant zu sein. 3) Sie hat das Wesen des Kapitalismus, nämlich die Unterordnung der ganzen Gesellschaft unter das Prinzip der *Kapitalverwertung*, nicht zur Kenntnis nehmen wollen. 4) Sie hat als konstruktiven Vorschlag für die Zukunft nur einen mehr oder weniger schwammig definierten Begriff von

„Sozialismus“, oder gar von „Rätedemokratie“ angeboten, was angesichts des fragwürdigen Beispiels des „Real existierenden Sozialismus“ im Osten bei niemand Vertrauen erweckt hat.

Diese Fehler haben im Endeffekt zum Scheitern der 68er-Bewegung geführt, denn daß sie dem modernen, aggressiven Kapitalismus der 80er und 90er-Jahre kulturell den Weg gebahnt haben, kann man nur mit einigem Zynismus als einen Erfolg der damaligen Bewegung bezeichnen. Man kann außerdem davon ausgehen, daß diese dem Kapital dienlichen kulturellen Umwälzungen (Abschaffung der bürgerlichen Beschränkungen des Kapitaleinsatzes, wie in dem Artikel beschrieben) wohl auch ohne die 68er sich in den 80er und 90er Jahren so oder so durchgesetzt hätten.

Abschließend kann man fragen: Was hätten die 68er konkret anders machen müssen, damit sie ihr Ziel, den Kapitalismus in die Schranken zu weisen anstatt ihn zu fördern, erreicht hätten? Meine Ansicht dazu ist: Sie hätten die Bedürfnisse der Menschen, inclusive der materiellen Bedürfnisse, ernst nehmen sollen; sie hätten studieren sollen, auf welche Weise diese im Kapitalismus den Kapitalinteressen untergeordnet werden, und sie hätten einen konkreten Vorschlag erarbeiten und publizieren sollen, wie die Menschen nicht nur kulturell, sondern auch ökonomisch befreit werden können.

Die 68er hatten zu dieser Nachdenk-Arbeit offenbar leider keine Zeit oder sie fanden einfach nicht die Lösung des Knotens. Inzwischen sind aber immerhin dreißig weitere Jahre ins Land gegangen und einige alte 68er haben im Stillen diese wissenschaftliche Arbeit nachgeholt. Das Ergebnis ist eigentlich so einfach, daß es sogar hier, in diesem Leserbrief, kurz skizziert werden kann: Die Befreiung der Menschen aus der Vorherrschaft des Kapitals kann auf elegante Weise - bei vollständiger Erhaltung der Effizienz der Marktwirtschaft - dadurch geschehen, daß vermittels einer aufkommensneutralen, leistungsorientierten *Kapitalsteuer* (Eigentümer großer Kapitalmengen zahlen eine Steuer, die als Einkommenszuschuß an arbeitende Menschen mit wenig Vermögen ausbezahlt wird) der Wirkungsgrad der eigenen Leistung für die arbeitenden Menschen wesentlich erhöht wird. Hierdurch wird der Zustand beendet, daß das in der Wirtschaft angesammelte Kapital ein Eigenleben gegenüber den Arbeitenden bekommt, und daß die Menschen (Arbeitende wie Arbeitslose) sich nach den Gesetzen eines anscheinend den Menschen aus der Hand geglittenen Weltmarkts richten müssen, wie wir es heute sehen. - Ein orthodoxer Sozialismus mit Abschaffung des Eigentums, Planwirtschaft usw. ist also für die Emanzipation der Menschen über das Kapital völlig überflüssig; die Lösung besteht vielmehr in der Einführung des leistungsorientierten Profitausgleichs in die Marktwirtschaft durch die skizzierte **positiv-negative Kapitalsteuer**, die für die meisten ein „**Kapitaleinkommen ersetzendes Zusatzgehalt**“ (**KIES**) darstellt. Das Ergebnis ist eine „**Marktwirtschaft mit sozialistischem Antlitz**“.

Wenn die 68er diesen Weg damals rechtzeitig erkannt hätten, bräuchten sie sich heute nicht das zweifelhafte Lob gefallen zu lassen, daß sie dem schrankenlosen Kapitalismus der 90er-Jahre den Weg gebahnt hätten.

Natürlich ist auch die Umsetzung des hier skizzierten Mechanismus zur Kapitalmacht-Beschränkung durch steuerliche Maßnahmen kein Kinderspiel, da viel Bewußtseinsarbeit zu leisten ist, damit die Mehrheit der Menschen den Nutzen der Maßnahme erkennt, und da mit massiver Gegenwehr von Seiten der Kapital-Besitzer und ihrer Klientel zu rechnen ist. Für einen Erfolg dieser Befreiungspolitik ist mit Sicherheit eine internationale konzertierte Aktion nötig. Aber mit dem Drive von 1968 wäre es wahrscheinlich zu schaffen. Also sollte die Lehre aus 1968 und danach die sein, daß man zumindest jetzt, 1998, diese neue Politik einleiten sollte, so daß im Jahr 2000 endlich erkennbar ist, daß die Menschen den Weg zur Befreiung aus den Zwängen der Wirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts angetreten haben.

7.1.2 Leserbrief: Die Quelle des Reichtums unter den Teppich gekehrt

Unter diesem Titel erschien der folgende Leserbrief am 27. Juli 1998 in der SZ, allerdings in gekürzter Form (praktisch nur die erste Hälfte, die mit einer offenen Frage endet). Die von der SZ weggelassenen Passagen werden hier in eckige Klammern gesetzt.

Zum Leitartikel „Viagra für die FDP“ von Heribert Prantl in der SZ vom 29. Juni.

Die FDP dreht durch. Wie sagte Herr Westerwelle auf dem Parteitag: „Wir setzen auf die Leistungsträger dieser Gesellschaft, auf die Fleißigen, nicht die Faulen“, „weniger Staat, mehr Eigenverantwortung der Bürger“. [Mit diesem Argument plädiert die FDP für mehr „Freie Marktwirtschaft“, Senkung der Steuern, Reform (d.h. Reduzierung) der Sozialleistungen.]

Die FDP hat folgenden Leistungsbegriff: Wer viel verdient, leistet viel; wer wenig verdient und Sozialleistungen braucht, ist faul. Ich glaube, wir müssen die FDP mal daran erinnern, welche Einkommensquellen es gibt. Wenn ich meine Einkommensteuererklärung ausfülle, sehe ich folgende Unterscheidung: a) Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit, b) Einkommen aus Kapital und Vermögen. Aha. Man kann also Geld verdienen durch Arbeiten oder auch durch „Haben“: Aktien, Ländereien, „Forderungen“ aller Art. Das ist erfreulich. Es gibt also eine Alternative zum täglichen Schaffe-schaffe: Den Besitz von Vermögen und Kapital. Also sollten wir schauen, daß wir alle Kapitalbesitzer werden. Aber wer wird dann noch arbeiten, wenn jedermann ein Einkommen aus Kapitalvermögen bezieht? Das ist offenbar auch die Sorge der FDP. Daher plädiert sie dafür, daß der Staat sich möglichst aus Wirtschaft und Gesellschaft zurückzieht, damit jedermann auf sich allein gestellt ist.

Dann wird - darauf setzt die FDP - folgendes passieren: a) Wer Vermögen hat, kann das daraus entspringende Einkommen mit dem Segen des liberalen Staates bedenkenlos einkassieren und verbrauchen oder sinnvollerweise wieder anlegen, wodurch „Wachstum“ entsteht. b) Wer kein Vermögen, aber eine gute Idee hat, kann versuchen, ein Unternehmen zu gründen, und so nach Abzahlung der Bankkredite in die Gruppe der Vermögenden aufzusteigen. c) Wer kein Vermögen und auch keine die Banken überzeugende Unternehmensidee hat, bleibt Angestellter oder Arbeiter: Er bezieht sein Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit und muß dafür für zwei (mindestens) arbeiten: Für sich selbst und für die, die Einkommen aus Kapital statt aus Arbeit beziehen. Durch die große Arbeitsmenge, die diese Gruppe c zu leisten gezwungen ist, entsteht wiederum „Wachstum“. d) Schließlich gibt es Leute, die den hohen Leistungsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht genügen (vielleicht wohnen sie nur am falschen Ort) und die auch kein Kapital haben. Diese werden Tagelöhner oder arbeitslos.

Das Schöne hieran aus Sicht der FDP ist erstens, daß die Vermögenden endlich Ruhe haben vor den sozialistischen Wünschen nach Vermögensausgleich und Leistungsgerechtigkeit, zweitens, daß die Nicht-Vermögenden kräftig schuften müssen, wodurch ein sauberes Wirtschaftswachstum entsteht, so daß der Standort Deutschland im Globalisierungswettbewerb die Nase vorn hat, und drittens, daß das Ganze unter dem Etikettenschwindel „Leistungsgesellschaft“ läuft, wo doch die viel größeren Einkommen nicht aus Leistung, sondern aus Kapitalvermögen entspringen, also nicht den Fleißigen, sondern den „Faulen“ (O-Ton Westerwelle) zugute kommen.

[Die Bezeichnung Leistungsgesellschaft ist nur insofern richtig, als die meisten eben mangels Vermögen zu ständiger Volldampfleistung gezwungen sind, um überhaupt existieren zu können. Daß „Leistung“ aber in dieser Gesellschaft der einzige Weg wäre, um Geld zu verdienen, kann wohl niemand behaupten, denn das hieße, die Kapitaleinkommen zu ignorieren. Die FDP ist Meister darin, diese Quelle des Reichtums unter den Teppich zu kehren.]

Dabei ist eigentlich das vorgebliche Ziel der FDP, die „Leistung“ zu belohnen, gar nicht so falsch. Überlegen wir mal, was es hieße, wenn wir die FDP hier beim Wort nähmen. Es hieße, die Einkommen aus Kapitalvermögen kritisch unter die Lupe zu nehmen. Sind diese denn aus irgendeiner Leistung gerechtfertigt?

[Doch - wird nun mancher einwenden - das Kapitalvermögen ist doch durch Fleiß und Sparsamkeit entstanden, und das ist ja auch eine Leistung. Darauf fallen mir aber drei Antworten ein:

1) Nicht jedes Vermögen ist wirklich durch Fleiß und Sparsamkeit entstanden: Vor allem Land- und Grundbesitz sind oft das Ergebnis altertümlicher Besitztitel oder von gewaltsamer Landnahme (man denke an die Kolonien). Grundstücke haben ihren Wert hauptsächlich durch ihre Lage, nicht durch den Fleiß ihrer Besitzer.

2) Wenn es Fleiß und Sparsamkeit war: Wie lange liegt das zurück? Manche Firmenvermögen haben ihren Ursprung im vorigen Jahrhundert.

3) Kapitalvermögen wachsen ab einer gewissen Mindestgröße „von alleine“.

Genaugenommen wachsen sie natürlich nicht von alleine, sondern durch die Arbeit derer, denen dieses Kapital Arbeitsplätze schafft. Daher ist das Vermögen nur zum kleinsten Teil Ergebnis der Leistung des Vermögenden (dieser legte im besten Fall den Grundstein für das Vermögen), sondern vielmehr die gespeicherte Arbeit vieler Mitmenschen, die sich um die „Verwertung“ des Vermögens verdient gemacht haben, indem sie damit gearbeitet haben.

Also wenn wir es mit der Forderung der FDP nach Belohnung von Leistung ernst meinen, müssen wir die Kapitaleinkommen ganz anders behandeln. Z.B. könnte man verlangen, daß die Einkommen aus Kapital und Vermögen an die Arbeitsleistenden ausbezahlt werden und nicht an die Kapitalbesitzer. Mit dieser Forderung wären wir allerdings über das Ziel hinausgeschossen, denn wenn die Einkommen der Menschen nur noch von ihrer momentanen Leistung abhängen, wäre praktisch jeder Kapitalbesitz wertlos. Es gäbe keinen Anreiz mehr für Sparen, Vorausarbeit, Reichtumsansammlung.

Man kann es aber wie folgt machen: Wir bestimmen einmal pro Jahr für jeden Menschen einen Kapital-Freibetrag, der der Arbeitsleistung dieses Menschen (oder seinem/ihrer Einkommen aus Arbeit) proportional ist. Dann wird das reale Vermögen der Person mit diesem Freibetrag verglichen. Wenn das Vermögen den Freibetrag übersteigt, muß die Person z.B. 6% Steuer auf den den Freibetrag übersteigenden Vermögensanteil abführen. Wenn aber - wie bei den meisten Leuten - das Vermögen unter dem Freibetrag liegt, bekommt man z.B. 3% des fehlenden Vermögens als Zuschuß vom Finanzamt ausbezahlt. Wenn z.B. der Freibetrag 2 Mio DM beträgt (das ist konservativ geschätzt), bekommt man 60000 DM vom Finanzamt, im Sinne einer „*Negativen Kapitalsteuer*“.

Durch diese Kapitalsteuer ist es zwar immer noch ein Vorteil, Kapitalbesitzer zu sein, aber die Einkommen der Menschen sind nun im wesentlichen durch ihre Arbeit, also durch die „Leistung“ bestimmt. Das müßte der FDP doch eigentlich gefallen, oder?

Ich bin dafür, daß wir diese Gedanken einmal der FDP mitteilen. Sie wird dann wohl zugeben, daß es ihr gar nicht um eine volle, angemessene Bezahlung der Leistung der arbeitenden Menschen in diesem Land geht, sondern 1) um die Betreuung ihrer Klientel, nämlich der mehr oder weniger Vermögenden im Land, und 2) um die Förderung von „Wachstum“ und „Standort Deutschland“, indem der Leistungsdruck auf die Nicht-Vermögenden und die „sozial Schwachen“ noch weiter erhöht wird.

Bei all diesem Leistungsgerede sollten wir aber auch die soziale Komponente nicht vergessen, denn wenn immer nur die Leistung als Maßstab für die Erfüllung der Bedürfnisse der Menschen genommen wird, enden wir in einer unmenschlichen Gesellschaft.

Zusammengefaßt:

- 1) *Wer im Glashauss sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.* Auf deutsch: Wer die Interessen derer vertritt, die ihr Einkommen nicht aus Arbeit, sondern aus Vermögen beziehen, soll nicht nach Belohnung der „Leistung“ schreien.
- 2) Wenn schon Leistung der Maßstab für Bezahlung sein soll, muß man sehen, daß die Kapitaleinkommen das krasse Gegenteil dieser Forderung sind.
- 3) Es gibt eine Möglichkeit, echte Leistungsgerechtigkeit in die Marktwirtschaft einzuführen, nämlich auf dem Weg der oben dargestellten „Negativen Kapitalsteuer“. Hierdurch nimmt interessanterweise der Leistungsdruck auf die Bevölkerung ab, und das Leben wird erheblich gemütlicher!
- 4) Man sollte den Begriff „Leistung“ aber auch nicht überstrapazieren: Im Endeffekt geht es darum, daß alle Menschen ihre Wünsche, Bedürfnisse und Sehnsüchte befriedigen können, auch diejenigen, die aufgrund widriger Umstände nicht soviel ökonomische Leistung erbringen können: Eine reiche Gesellschaft muß gefälligst in der Lage sein, auch diesen Mitmenschen ein würdiges und erfreuliches Dasein zu ermöglichen. Nur der Wahnsinn der unkontrollierten Kapitaleinkommen (Bill Gates besitzt bereits US\$ 100 Milliarden) muß als erstes erkannt und durch eine sinnvolle Regelung zurückgeführt werden.]

7.1.3 Leserbrief: Nachhaltigkeit durch Negative Kapitalsteuer

Eingereicht an die SZ am 3. 8. 98. Nicht im Druck erschienen.

Zum Artikel "Lobgesänge auf die Langsamkeit", von Volker Wöhrle in der Beilage "SZ am Wochenende", 1./2. 8. 98

Der Artikel weist mit Recht darauf hin, daß viele bedenkliche Erscheinungen der heutigen Wirtschaft (Fehlen der Muße, riskante Technikfolgen, unverantwortlicher Naturverbrauch) aus dem Zwang zu Wachstum und Beschleunigung herrühren. - Dieser Zwang ist meiner Meinung nach ein direktes Ergebnis davon, daß das Anlagevermögen in den meisten Ländern in wenigen Händen konzentriert ist, so daß effektiv nur diese wenigen über Umfang und Verwendung von Kapital für Neuinvestitionen entscheiden können. Wenn das Produktivvermögen homogener gestreut wäre, würden die daraus entspringenden Kapitaleinkünfte nicht mehr wie heute automatisch in Neuinvestitionen umgesetzt oder an die Börse drängen, sondern sie würden einen Teil des Lebensunterhalts der Bevölkerung bilden. Die Folge wäre, daß viele sich mehr Muße gönnen würden, da die Summe der Einkommen aus Arbeit und Kapitalvermögen den Familien auch bei Teilzeitarbeit des Ernährers oder der Ernährerin ein gutes Leben ermöglichen würden. Das Wachstum, der Naturverbrauch und auch das Bruttosozialprodukt würden auf vernünftige Werte zurückgehen, die zu einer nachhaltigen Wirtschaft passen. Der Zwang zur Beschleunigung wäre vorbei, man könnte neue Technologien in Ruhe austesten und dem 21. Jahrhundert gelassen entgegensehen.

Wie könnte eine solche homogene Kapitalverteilung bewirkt werden? Meiner Ansicht nach kommt hier eine aufkommensneutrale Kapitalsteuer in Betracht, die so gestaltet ist, daß Leute mit großem Kapitalbesitz diese Steuer zu zahlen hätten und daß auf der anderen Seite Personen mit wenig Vermögen die Steuer als "Negative Kapitalsteuer" ausbezahlt bekommen, wobei zusätzlich die Arbeitsleistung des Einzelnen als Maß für seinen Anspruch auf Steuerauszahlung dienen kann. Hierdurch würde sofort ein Teil der Kapitaleinkommen in die Verfügung der arbeitenden Menschen übergehen, so daß über seine Verwendung

(Konsum oder Neuinvestition) die Bevölkerungsmehrheit bestimmt, und zwar in voller marktwirtschaftlicher Freiheit. Auf Dauer würde sich eine breite Vermögensbildung ergeben mit den bekannten günstigen Auswirkungen auf Altersvorsorge und eigenverantwortliche Lebensgestaltung.

Man fragt sich, warum dieser Weg der Demokratisierung der Wirtschaft durch steuerliche Kapitalausgleichs-Regelung anscheinend von den Berufsökonomern bisher nicht gesehen wurde. So kompliziert ist der Zusammenhang zwischen Vermögensverteilung und Wachstum bzw. Wohlstand ja nicht. Leider drängt sich die Befürchtung auf, daß es den meisten Wirtschaftsfachleuten und ihren Auftraggebern aus Staat und Wirtschaft gerade um das Kapitalwachstum zu tun ist, und daß sie deshalb mit Absicht die ungleiche Vermögensverteilung nicht eindämmen, sondern sogar noch fördern. Falls dem so ist, kann man nur hoffen, daß sich recht bald das Bewußtsein von diesen Zusammenhängen überall ausbreitet und daß die Menschen daraufhin eine entsprechende Wende der Wirtschaftspolitik und der Kapitalbesteuerung herbeiführen.

7.1.4 Leserbrief: Der Arbeitsmarkt ist bereits im Gleichgewicht

Unter diesem (von der SZ gewählten) Titel erschien ein Leserbrief am 26. August 1998 in der SZ. Den Schlußsatz hat die Zeitung weggelassen, ich setze ihn daher in Klammern.

Leserbrief zum Artikel von Nikolaus Piper "Langfristig sind wir tot. Zukunft der Arbeit (VIII)" in der SZ Nr. 179 vom 6.8.98, S. 11.

Das falsche Paradigma vom Verschwinden der Erwerbsarbeit wird mit Recht kritisiert, denn die moderne Wirtschaft wird niemals auf ihre Hauptantriebsquelle, die bezahlte Arbeit, verzichten, obgleich sie natürlich mit dieser Ressource stets sparsam umgeht und auf einen niedrigen Preis der Arbeit achtet.

Gleichzeitig sind aber in dem Artikel andere "falsche Paradigmen" enthalten, z.B. die Vorstellung, daß die Nachfrage nach Waren praktisch unbegrenzt sei, solange die Menschen Nahrung, Kleidung, ein bißchen Luxus und "es besser haben" wollen, und daß die Menschen immer bereit seien, für diese unbegrenzte Nachfrage zu arbeiten. Hier wird übersehen, daß zum "es besser haben" auch eine Zunahme an Freizeit gehört, und daß der Großteil der Nachfrage in der heutigen Wirtschaft nicht aus dem Bedarf an Konsumgütern herrührt, sondern aus dem an Investitionsgütern, was mit der Notwendigkeit begründet wird, Wachstum, Produktivitätssteigerung und Kostenreduktion zu erzielen, um am Weltmarkt bestehen zu können. Die Nachfrage nach Waren wird also in der Tat konstant hoch bleiben, aber nicht wegen der überschaubaren Bedürfnisse der Menschen, sondern wegen der grenzenlosen, als "Sachzwang" erscheinenden Gier des Kapitals nach Rendite und Wachstum.

Ein zweites nicht nachvollziehbares Paradigma lugt aus dem Nebensatz hervor, daß "der Arbeitsmarkt wieder im Gleichgewicht ist und ich einen Arbeitsplatz haben könnte". Der Arbeitsmarkt ist bereits im Gleichgewicht! Wie sonst könnte er über Jahre hinaus bei denselben zehn Prozent Arbeitslosigkeit verharren? Das Gleichgewicht schließt eben ein, daß 90 Prozent der Arbeitskräfte gebraucht werden, weil sie sich lohnen, und der Rest nicht. Ich wette, daß dagegen eine Arbeitslosigkeit von null Prozent ein Ungleichgewicht darstellen würde: Binnen kurzem würde sich ein solcher Ausnahmefall auf den heutigen ökonomischen Normalzustand zubewegen.

Schließlich die Hauptsache: Dem Artikel ist ein großes Lob der Erwerbsarbeit zu entnehmen. Auch dieses Paradigma kann ich nicht einsehen. Die Leute, die für ihren Lebensunterhalt

ausschließlich auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, sind doch eher zu bedauern. Ich schlage daher vor, daß über eine breite Vermögensbildung nachgedacht wird, durch die die Menschen eine gewisse Unabhängigkeit von kontinuierlicher, lebenslanger Erwerbsarbeit gewinnen könnten. Die Kapitaleinkommen, die dann jeder neben seinem Arbeitseinkommen genießen würde, würden auch die subventionistischen Bürgergeld- und Kombilohnmodelle erübrigen. Die Quelle für diese Vermögensbildung könnte logischerweise eine Kapitalsteuer sein für diejenigen, die exotisch viel Vermögen haben; dieselbe Steuer sollte dagegen an diejenigen, die viel leisten und wenig Vermögen haben, als "Negative Kapitalsteuer" ausgezahlt werden. Die Steuer ist somit aufkommensneutral und gleichzeitig leistungsorientiert.

[Fazit: Es gibt noch mehr "falsche Paradigmen in der Debatte", als in dem Artikel aufgezeigt wurden.]

7.1.5 Leserbrief: Mehr Demokratie in die Wirtschaft

Eingereicht an die SZ am 17. Aug. 98. Veröffentlichung wurde von der Leserbrief-Redaktion der SZ mit Hinweis auf die begrenzte Druckfläche abgelehnt (obwohl der Brief sehr kompakt ist).

Zum Artikel "Zeitarbeit hat Zukunft", von Dagmar Deckstein im Wirtschaftsteil, S. 25, der SZ vom 14./15./16. 8. 98

Wenn man die Prämisse akzeptiert, daß wir in einer „immer instabileren Arbeitswelt“ leben, die angeblich zwangsläufig aus der „technologischen Instabilität“ folgt, dann scheint Zeitarbeit eine sinnvolle Anpassungsreaktion zu sein. Dass man dabei jedoch nur 63% des Durchschnittseinkommens erzielt, reduziert allerdings den Wert dieser Beschäftigungsform und erinnert doch wieder an die Situation von Tagelöhnern.

Aber wie steht es mit der Prämisse? Eigentlich ist überhaupt nicht einzusehen, warum angesichts des immensen technischen Fortschritts (mit dem bekannten Produktivitätszuwachs, d.h. Abnahme der notwendigen Arbeit) die Anforderungen der Arbeitswelt an Flexibilität und Einsatzbereitschaft ständig zu- statt abnehmen, und dass wir überhaupt auf Veränderungen von Technologie und Arbeitswelt immer nur reagieren, statt Ausmaß und Richtung des Fortschritts bewußt zum Wohl der Menschen aktiv zu bestimmen. Man hat den Eindruck, dass die Wirtschaft ein Bereich ist, der irgendwie fremdbestimmt ist und in dem das demokratische Prinzip noch nicht recht Fuß gefasst hat.

Der Schlüssel für eine aktivere Rolle der Bevölkerung im Wirtschaftsleben scheint die Frage der Kapitalverteilung zu sein. Dass hier Handlungsbedarf besteht, sagt auch L. Thurow in dem zitierten Buch „Die Zukunft des Kapitalismus“ (auf S. 361): „Historisch gesehen schafften die Marktwirtschaften es bisher nie, für eine den demokratischen Ansprüchen genügende wirtschaftliche Ausgewogenheit zu sorgen.“ Eine breitere Vermögensverteilung hätte zunächst unmittelbar den Effekt, dass die Menschen Rücklagen hätten für Zeiten von Nicht-Arbeit, Weiterbildung etc., und dass sie weniger von Vollarbeitseinkommen abhängig wären, weil sie mehr im eigenen Heim (mietfrei) wohnen sowie Kapitaleinkommen genießen würden. Unter dieser Voraussetzung könnte man sogar Zeitarbeitseinkommen in Höhe von nur 63% der Vollerwerbseinkommen in breitem Maße akzeptieren.

Vor allem aber würde Demokratie in die Wirtschaft einziehen, weil jeder Einzelne dann auf Basis seines Kapitalanteils mitbestimmen könnte, was mit den Kapitalprofiten geschieht: Verbrauch oder Neuinvestition, und falls Investition, in welcher Branche. Da viele sich hier für Konsum statt Sparen entscheiden würden, würden technischer Fortschritt und Wachstum sowie die damit verbundene Destabilisierung von Technik und Arbeitswelt sich verlangsamen.

Wenn das dem demokratischen Willen der Mehrheit entspricht, muss man solche ökonomischen Entwicklungen offenbar akzeptieren. Wachstum an sich ist kein Selbstzweck.

Die homogenere Vermögensverteilung könnte leicht durch eine Kombination aus Kapitalsteuer einerseits und kräftigen Vermögenswirksamen Leistungen andererseits bewirkt werden. Falls nun der Einwand kommt, dass solche Umverteilungsmaßnahmen wegen der einsetzenden Kapitalflucht nicht machbar seien, dann zeigt das gerade, in welche katastrophale Abhängigkeit vom Kapital die Menschen sich hineinmanövriert haben und wie dringend daher die Demokratisierung der Wirtschaft ist.

7.1.6 Leserbrief: Das Kapital braucht eine Leitplanke

Unter diesem von der SZ gewählten Titel erschien dieser hochkomprimierte Leserbrief am 24. 9. 1998 in der SZ. Der Begriff „Leitplanke“ ist aus dem besprochenen Artikel entlehnt.

*Zum Artikel "**Aufbruch in die globale Welt**", von Helmut Maier-Mannhart im Wirtschaftsteil, S. 21, der SZ vom 19./20. 9. 98.*

Es stimmt, dass die internationale marktwirtschaftliche Arbeitsteilung, wie David Ricardo vor 150 Jahren demonstriert hat, zum Wohlstandsgewinn der *Länder* beiträgt. Aber meines Erachtens sollte die Wirtschaft mehr anstreben, nämlich den Wohlstand der *Menschen*! Und dieses Ziel erfordert mehr als nur die marktwirtschaftliche Freizügigkeit für Waren und Kapital. Der Wohlstand der Menschen hängt entscheidend von der nationalen und internationalen *Kapitalverteilung* ab.

Es ist für jedermann offenkundig, dass die pure Freie Marktwirtschaft die Tendenz hat, dass sich das Kapital an wenigen Punkten kristallisiert, so dass die breite Masse der Bevölkerung de facto keine Verfügung über das Kapital besitzt. Lester C. Thurow sagt dazu in seinem Buch „Die Zukunft des Kapitalismus“ (auf S. 361): „Historisch gesehen schafften die Marktwirtschaften es bisher nie, für eine den demokratischen Ansprüchen genügende wirtschaftliche Ausgewogenheit zu sorgen.“

Daher ist eine „Leitplanke für das Kapital“ nötig, die bewirkt, dass Kapitalzusammenballungen nicht entstehen oder sich zumindest in wenigen Jahren wieder auflösen. Mit „Kapitalzusammenballung“ sind hier nicht Aktiengesellschaften gemeint, die im Besitz vieler Aktionäre sind, sondern die Konzentration großer Vermögen bei wenigen Personen. Eine passende Leitplanke kann z.B. die Form einer „*Kapitalsteuer mit Freibetrag*“ annehmen. d.h. dass Spitzenvermögende eine Abgabe zahlen, die als kräftige „Vermögenswirksame Leistung“ oder auch „*Negative Kapitalsteuer*“ an Wenig-Vermögende ausbezahlt wird. Eine solche Steuer fördert wesentlich die Demokratisierung der Wirtschaft und widerspricht nicht der marktwirtschaftlichen, internationalen Freizügigkeit des Kapitals.

Solche Reglementierungen müssen - wie im Artikel formuliert - weltweit getroffen werden, dann wirken sie sich auch nicht wettbewerbsverzerrend aus. Also ist als erstes eine internationale Aufklärung der Menschen über die *volkswirtschaftlichen Nachteile der Kapitalzusammenballung bei wenigen Vermögenden* nötig.

Marktwirtschaftliche Arbeitsteilung und Globalisierung sind wunderbar und begrüßenswert - sofern weltweit eine Regelung installiert wird, die Kapitalzusammenballungen auflöst.

7.1.7 Das Produktivkapital liegt in den Händen weniger Reicher

7.1.7.1 Der Leserbrief

Leserbrief, erschienen am Freitag, 13.11.98, in der SZ.

Zum Artikel "Aufbruch - aber wohin?", von Helmut Maier-Mannhart in der SZ vom 23.10.98, und zum diesbezüglichen Leserbrief „Ein falscher Gerechtigkeitsbegriff“ in der SZ Nr. 257 vom 7./8.11.98, S. 45.

Der Zusammenhang zwischen ausgeglichener Vermögensverteilung einerseits und Wohlstand und Demokratie andererseits wird weithin unterschätzt. Daher werden Initiativen in Richtung einer demokratischeren Vermögensverteilung gerne als „platte Umverteilung“ diskreditiert. Auch der Leserbrief behauptet, daß einerseits Gerechtigkeit und Vermögensverteilung nichts miteinander zu tun hätten (Gerechtigkeit sei „kein Ergebnis mathematischer Operation“) und daß andererseits bei einem Vermögensausgleich der allgemeine Vermögenszuwachs vernachlässigbar wäre (in der Anekdote mit Baron Rothschild bekommt jeder Franzose nur 1 Franc). Hierzu ein paar Korrekturen.

Erstens: Thema Wohlstand. Es geht um weit mehr als nur um 1 Franc oder auch Dollar pro Person. Das Produktivvermögen pro Kopf der Bevölkerung beträgt in den industrialisierten Ländern rund 500 000 US Dollar (Quelle: L. Thurow, Die Zukunft des Kapitalismus [LT96], S. 424). Bei einer theoretischen Gleichverteilung wäre also jeder Privathaushalt (zwei Personen je Haushalt angenommen) mit ca. 1 Mio \$ an der Wirtschaft beteiligt. Bei bescheidenen 5 Prozent Rendite ergäbe das ein Jahres-Kapitaleinkommen von 50 000 Dollar, d.h. ca. 80 000 DM pro Haushalt, also praktisch eine Einkommensverdoppelung im Vergleich zu heute, wo die meisten Privathaushalte fast ausschließlich vom „Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit“ leben - die Hälfte der Haushalte hat weniger als 38 000 DM auf der hohen Kante, s. SZ vom 3./4.1.98. Die breit gestreuten Kapitaleinkommen würden ersichtlich „Wohlstand für alle“ bedeuten.

Zweitens: Thema Demokratie. Die Produktivvermögen treten - nicht nur in Deutschland - ziemlich konzentriert auf: Weniger als 5 Prozent aller Haushalte besitzen mehr als 50 Prozent des Produktivkapitals (SZ, 3./4.1.98). Nun stellt Kapitalvermögen natürlich wirtschaftliche Macht dar. Was bedeutet somit diese vermögensmäßige Schieflage für die Demokratie? L. Thurow sagt: „Historisch gesehen schafften die Marktwirtschaften es bisher nie, für eine den demokratischen Ansprüchen genügende wirtschaftliche Ausgewogenheit zu sorgen.“

Drittens: Thema Leistungsgerechtigkeit. Wie verträgt es sich hiermit, daß ein Großteil des Volkseinkommens nicht für Arbeitsleistung, sondern für die Zurverfügungstellung der „Faktorleistung Kapital“ bezahlt wird? Wenn man den Spruch „Leistung soll sich wieder lohnen“ ernst nimmt, muß man eigentlich fordern, daß die Vermögen sich in Händen derer befinden, die arbeiten, so daß die Kapitaleinkommen genauso wie die Arbeitseinkommen den wirklich Aktiven zugute kommen.

Man kann einwenden (z.B. Wirtschaftswoche 5.6.97), daß es für das Wachstum des Bruttosozialprodukts besser ist, wenn es große Vermögensunterschiede gibt, also der Unterschied zwischen Arm und Reich erhalten bleibt. Der Einwand ist richtig - denn die bisher am Volksvermögen kaum beteiligte Bevölkerung würden den unverhofften Reichtum durch umverteilte Kapitaleinkommen sicherlich zuerst dem Konsum zugute kommen lassen und nicht mehr dem Sparen, d.h. Investieren, und sie würde auch bei der Arbeitszeit kürzer treten, wenn sie nicht mehr nur von Arbeitseinkommen leben muß. Das Bruttosozialprodukt würde daher nur noch behutsam wachsen. Aber ist maximales Wachstum wirklich die Voraussetzung für Wohlstand? Ist nicht der ständige Wachstumswang eher eine Belastung für die ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit? Wenn man es recht betrachtet, ist

gerade die Umverteilung der Kapitaleinkommen, und zwar vorzugsweise so, daß sie an die Arbeitseinkommen gekoppelt werden, eine Lösung für viele der gesellschaftlichen und ökologischen Probleme unserer Welt. Langfristig entsteht hierbei eine Wirtschaft, die man als „Volkskapitalismus“ (Grüske/ Recktenwald, Wörterbuch der Wirtschaft, Stichwort „Kapitalismus“) bezeichnen kann oder auch als „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“, da in ihr der Mensch und nicht mehr das Kapital im Mittelpunkt steht.

7.1.7.2 Antwort darauf

Zu obigem Leserbrief erscheint unter dem Titel „Vermögen der Deutschen“ ein Antwort-Leserbrief in der SZ am 17.11.98, in welchem meine von L. Thurow übernommenen Zahlen zum Vermögen der Deutschen angezweifelt werden. Es heißt da: „Die Deutsche Bundesbank bezifferte für 1992 das Geldvermögen der deutschen Privathaushalte auf etwa 3,6 Billionen Mark (Quelle: Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, 11. Ausgabe, 1996). Umgelegt auf 80 Millionen Einwohner in Deutschland ergibt dies ca. 45 000 Mark pro Kopf. ... Wie der zitierte L. Thurow auf seine Zahlen kommt (500 000 Dollar Pro-Kopf-Vermögen, 50 000 Dollar Kapitaleinkünfte pro Jahr) ist nicht nachvollziehbar.“

Ich denke aber, daß meine Angaben zum Produktivvermögen sehr wohl einer Überprüfung standhalten, und zwar würde ich folgendes ins Feld führen.

- 1) Der Antwort-Leserbrief bezieht sich auf das „Geldvermögen“ und nicht auf das Produktivvermögen. Das Produktivvermögen umfaßt weit mehr als das Geldvermögen, nämlich unter anderem das in Produktionsanlagen, Infrastruktur, Immobilien, Grundstücken etc. vorhandene Kapital. Das Immobilienvermögen alleine beträgt bereits mehr als das Geldvermögen, wie einer Statistik in der SZ am 19./20.12.98 (auf S. 22) zu entnehmen war, in der das Geldvermögen für 1997 mit 5,3 Billionen und das Immobilienvermögen mit 7,3 Billionen DM angegeben ist.
- 2) Die Schätzung des Produktivvermögens pro Kopf ist folgender Stelle aus [LT96], S. 424, entnommen: „Die Weltbank hat vor nicht allzu langer Zeit für mehrere Länder der Welt Schätzungen zum Produktivvermögen pro Einwohner herausgegeben. ... In Australien beträgt es pro Kopf 835 000 Dollar, in Kanada liegt es bei 704 000 Dollar. ... Das Land und die Bodenschätze bilden den größten Teil des gesamten Produktivvermögens. ... Im Gegensatz dazu steht ein Land wie Japan. Mit einem Produktivvermögen von 565 000 Dollar pro Einwohner steht es auf der Weltrangliste an fünfter Stelle. Über 80% dieses Produktivvermögens ist Vermögen in Form von menschlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten und Wissen. Die Vereinigten Staaten werden ... mit 421 000 Dollar pro Einwohner geführt.“ Aus diesen Zahlen habe ich die runde Zahl von 500 000 Dollar für Deutschland herauskristallisiert. Ob dabei allerdings das „Humankapital“ (die menschlichen Fähigkeiten) tatsächlich einen so großen Anteil hat wie L. Thurow für Japan angibt, halte ich für etwas hochgegriffen. Richtig ist aber, daß das Kapitalvermögen auch das Humankapital umfaßt, so daß die in diesem Buch hier erhobene Forderung nach breiter Kapitalstreuung eben auch die Forderung nach guter Bildung und Ausbildung für alle umfaßt.
- 3) Die Angaben des „Jahrbuches“, woraus die Zahlen im Antwort-Leserbrief entnommen sind, sind ihrerseits mit Vorsicht zu genießen. Mir wurde berichtet, daß dieses Jahrbuch in einer Fußnote darauf aufmerksam macht, daß bei der Ermittlung des Geldvermögens in Deutschland ausgerechnet die Haushalte mit den vermutlich größten Vermögen ausgeklammert werden, nämlich „alle Haushalte mit einem Monatseinkommen über DM 36 000.“ Ich fürchte, daß durch diese Methode der Durchschnittsbildung der wissenschaftliche Wert der Jahrbuch-Statistik deutlich beeinträchtigt ist. Warum diese Manipulation durchgeführt wird, ist mir nicht bekannt – vielleicht ist es vornehmes Understatement und soll eventuellem Unmut bei den Lesern über die wahren Verhältnisse vorbeugen.

7.1.8 Brief: Marx ging zu weit

Der folgende Brief vom 8.10.98 an den Gegenstandpunkt-Verlag, München, Herausgeber der marxistischen Vierteljahresschrift „Gegenstandpunkt“ [GSP], kann dazu dienen, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ansichten in diesem Buch und dem orthodoxen marxistischen Standpunkt zu verdeutlichen.

Hallo,

ich begrüße es, daß Ihr anscheinend K. Marx mit wissenschaftlicher Objektivität begegnet und auch vor Kritik, wo sie angebracht ist, nicht zurückschreckt. So habe ich schon gewisse kritische Bemerkungen gegenüber diesem Verstorbenen bei Euch gelesen, z.B. dass es ein Quatsch war, daß er die Arbeiter im „Kommunistischen Manifest“ ausgerechnet mit dem Argument mobilisieren wollte, dass der Lauf der Geschichte sowieso zwingend den Sieg des Kommunismus herbeiführen wird - vielleicht hat Marx hierbei darauf spekuliert, dass die Arbeiter sich lieber auf die Seite des zukünftigen Siegers schlagen sollten. Im folgenden möchte ich einige weitere kritische Anmerkungen zu diesem „Role Model“ loswerden. Ich möchte Euch dabei bestärken, Marx dort nachzufolgen, wo er recht hat, und umgekehrt umgekehrt.

Marx hat in bewundernswerter Weise den Kapitalismus kritisiert, indem er noch einmal (in Anknüpfung an Ricardo) klargelegt hat, dass der Wert der Produkte aus der Arbeit stammt und dass die Kapitaleinkommen auf Ausbeutung beruhen.

Er hat aber gleichzeitig den Kapitalismus auch mit dem abwegigen Argument kritisiert, dass dieser nicht effizient sei, nämlich: (1) Es gibt regelmäßig Krisen, wobei Kapital entwertet wird, und (2) der Kapitalismus stelle eine Beschränkung dar angesichts der Entwicklung der Produktivkräfte, die nach Überwindung des Eigentums schreien.

Diese zweite Art der Kritik, nämlich dem Kapitalismus Unfähigkeit vorzuwerfen, seine eigenen Ziele zu erreichen (Kapitalwachstum, Maximierung der Produktivkräfte), halte ich für einen dicken Fehler des Altvorderen. (Kann sein, dass es zu der damaligen Zeit nicht so klar war, dass die Krisen keine Systemkrisen waren sondern nur die üblichen Verlaufsformen des kapitalistischen Wachstums, aber dennoch war es ein Fehler, in diese Krisen irgendwelche Hoffnungen zu setzen.)

Diese falsche Art der Kapitalismuskritik hat bei einigen Marx-Nachfolgern zu folgenschweren Irrtümern geführt. Zum Beispiel haben die Ostblock-Sozialisten diese fehlerhafte Aussage, dass der Sozialismus oder Kommunismus der Entfaltung der Produktivkräfte besser dienlich sei als der Kapitalismus, in naiver Weise ernst genommen und haben, mit dem Schuh auf das Rednerpult klopfend (Chruschtschow), behauptet, dass sie den Westen in wenigen Jahren im Punkte Technologie überflügelt haben werden. Werch ein Illtum! Wie kann man gleichzeitig die Ausbeutung abschaffen und den Kapitalismus im Wachstum überflügeln wollen ??? Die Ostblock-Sozialisten haben anscheinend den Zusammenhang zwischen Ausbeutung und Wachstum gar nicht verstanden. Praktisch haben sie ihn dann aber anscheinend doch kapiert: Sie haben schließlich, um ökonomisch mit dem Westen mithalten zu können, eine saftige Ausbeutung der ihnen ausgelieferten Bevölkerung zu organisieren versucht, wozu sie ja, als Staatskapitalisten, im Prinzip in der Lage waren. Sie sind aber dann trotzdem gescheitert, weil (1) die Ausbeutung mittels der zentralen Anordnungen nicht so wirkungsvoll war wie die durch das Kapitalverhältnis im Westen - die Befehle des jeweiligen Ostblock-Staates waren für die Bevölkerung nicht so beunruhigend wie die existenzielle Lebensbedrohung am Freien Markt, und (2) die Idee der Planwirtschaft, also die Meinung, dass eine zentrale Ressourcenverteilung durch eine sagenhaft allwissende Behörde den Bedürfnissen der Menschen halbwegs entsprechen könnte, ist halt wirklich ein Irrtum.

Planung ist in gewissen abgegrenzten Bereichen notwendig und sinnvoll (Eisenbahnfahrpläne, Business Plans der Firmen etc.), aber genauso wichtig ist es, dass (1) Bedürfnisse auch lokal und spontan befriedigt werden können (wieviele Semmeln ich nächsten Samstag brauche, weiß ich erst am Samstag früh; und vielleicht will ich demnächst In-line Skaters oder ein Handy oder eine Internet-Homepage, wer weiß? Die Wirtschaft muß auf solche spontanen Bedürfnisse eingehen können), und dass (2) zwischen den großen Firmen ein Wettbewerb herrscht - damit sie die Bedürfnisse der Verbraucher ernst nehmen müssen.

Also diese Behauptung von Marx, dass die Fortentwicklung der Produktivkräfte über kurz oder lang die Schranken des Kapitalismus sprengen wird, ist ziemlicher Humbug.

Aber eigentlich will ich auf etwas anderes hinaus, nämlich, dass Marx „das Kind mit dem Bad ausgeschüttet hat“. Marx ging zu weit! Ich meine damit, dass er für die Erreichung des Ziels, den Kapitalismus abzuschaffen, zu einem falschen Mittel gegriffen hat. Er hat - in braver Tradition der damals schon vorhandenen sozialistischen Bewegung - in der Institution des *Privateigentums* die Wurzel allen Übels gesehen.

Dabei ist das Privateigentum erst dann eine schlimme Sache, wenn die Mehrheit der Produktionsmittel sich in der Hand einer Minderheit von Personen befindet. Denn erst durch diese Ungleichverteilung der Produktionsmittel - oder allgemein des Kapitals - wird die Gesellschaft in zwei Klassen gespalten: die Besitzenden und die auf Lohnarbeit Angewiesenen. Und erst durch diese Ungleichverteilung entsteht die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital. Dies scheint K. Marx nicht erkannt zu haben. Er meinte offenbar, dass die Institution des Privateigentums zwangsläufig die Spaltung der Gesellschaft in wenige Besitzende und viele Besitzlose bewirken würde, und dass es keine andere Gegenmaßnahme gäbe als die Abschaffung des Eigentums überhaupt.

Möglicherweise hat er einfach keine praktikable Lösung gesehen, wie man diese katastrophale Ungleichverteilung der Vermögen beseitigen und dennoch das Privateigentum beibehalten könnte.

Dabei gibt es natürlich diese einfache Lösung, die Ihr bereits kennt: der Staat muß von denjenigen, die große Kapitalvermögen besitzen, eine Kapitalsteuer verlangen, die auf der anderen Seite als „Negative Kapitalsteuer“ an arbeitende Menschen mit wenig Vermögen ausbezahlt wird. Diese Umverteilungssteuer wird erstens in absehbarer Zeit die aus den materiellen Unterschieden herrührenden Klassenunterschiede einebnen und zweitens auch danach für die Stabilität dieser ausgeglichenen Vermögensverteilung sorgen.

Das hat Marx nicht gesehen oder gar nicht sehen wollen. **Er wollte weiter gehen.** Er hat in der Abschaffung des Eigentums die einzig senkrechte Lösung gegen den Skandal der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital gesehen. Hierdurch **ging er zu weit.**

Wir sollten diesen Marx'schen Fehler, das Kind mit dem Bad auszuschütten, nicht nachvollziehen, sondern sollten zwischen Marktwirtschaft (einem Mittel zur Ressourcen-Allokation) und Kapitalismus (eine Wirtschaft mit dem Ziel der Kapitalvermehrung) unterscheiden. So wenig es stimmt, dass der Kapitalismus der effizienteste Weg zur Allokation der Ressourcen Arbeit und Kapital ist (er schmückt sich hier mit fremden Federn, nämlich mit denen der Marktwirtschaft), so falsch ist es auch, zu behaupten, man müsse die Marktwirtschaft durch Planwirtschaft ersetzen, um den Kapitalismus zu beseitigen.

7.2 Flugblätter

7.2.1 Flugblatt: Frage eines lesenden Arbeiters

Verteilt am 14. 8. 98 auf der Wahlkampfveranstaltung von Jürgen Trittin, Vorstandssprecher der Partei Bündnis 90/Die Grünen, im Hofbräuhaus München.

Frage eines lesenden Arbeiters an Jürgen Trittin: Sind alle Formen des Geldverdienens gleich?

Plädoyer für die Negative Kapitalsteuer: Sie nützt Mensch und Natur

„Jede Form des Geldverdienens muß gleich behandelt werden, an der Börse wie am Fließband.“ (??)

Mit diesem Argument tritt Jürgen Trittin dafür ein, die bisherige Regelung, daß Aktiengewinne steuerfrei bleiben, vorausgesetzt die Zeit zwischen Kauf und Verkauf der Aktien beträgt mehr als sechs Monate, zu streichen. Recht so - könnte man meinen - durch die Gleichbehandlung aller Einkommensarten würde wenigstens diese seltsame Bevorzugung der Einkommen aus Börsengeschäften im Vergleich zu den Arbeitseinkommen beseitigt. Der Trittin'sche Vorschlag scheint also in die richtige Richtung zu gehen.

Aber nicht alles, was in die richtige Richtung zielt, ist auch nachhaltig zielführend. Denn: Sind diese beiden Einkommensarten wirklich vergleichbar? Einkommen aus Arbeit ist schließlich begründet aus körperlicher und/oder geistiger Anstrengung über einen gewissen Zeitraum hinweg, z.B. 1600 Stunden im Jahr, egal ob es nun Arbeit am Fließband, als Fernfahrer, am Schreibtisch, am Computer, als Journalist, Ingenieur oder auch Beamter gewesen ist. Dagegen ist Einkommen aus Kapitalanlagen das Ergebnis tapferen Konsumverzichts über einen gewissen Zeitraum hinweg, z.B. 8760 Stunden im Jahr (das Kapital arbeitet im Gegensatz zum Menschen rund um die Uhr, sieben Tage die Woche), egal ob es nun Anlage in Aktien, Immobilien oder sonstigem ist. Der Anleger verzichtet in dieser ganzen Zeit darauf, das Kapital zu verbrauchen, egal wie schwer ihm das fällt, denn mit der angelegten Geldmenge könnte man sich ja herrliche Reisen, ein Feriendomizil oder sonstige hübsche Konsumgüter leisten. Der Kapitalanleger aber weiß, welchen Wert das Sparen hat, und schafft sich daher einen Nebenverdienst durch nicht-konsumierte Kapitalanlagen.

Also: Diese beiden Leistungen, **die Leistung des arbeitenden Menschen über 1600 Stunden hinweg und die Leistung des tapferen und risikofreudigen Kapitalanlegers (oder gar Spekulanten?) über 8760 Stunden hinweg sind nicht wirklich vergleichbar.** Der eine arbeitet; der andere verzichtet auf unnötigen Konsum und geht möglicherweise ein gewisses Verlustrisiko ein, wenn er sich bei der Kapitalanlage ungeschickt anstellt. Außerdem sind die Kapitalanleger, einschließlich der Aktionäre, sehr wichtig für das Florieren der Wirtschaft, denn sie schaffen Arbeitsplätze für diejenigen, die ihr Geld durch körperliche oder geistige Leistung verdienen und sich mangels eigenem Vermögen die nötigen Produktionsmittel, die man an einem Arbeitsplatz braucht, nicht selber beschaffen können. Daß die Kapitalanleger ihr teures Geld nicht gratis zur Verfügung stellen, sondern dafür eine kleine Anerkennung in Form von Zinsen, Dividenden oder auch Gewinnmitnahmen aus Kursbewegungen beanspruchen, ist nur recht und billig. Daher sollte man nicht leichtfertig die Einnahmen aus Arbeit und die Einnahmen an der Börse in einen Topf werfen. Die letzteren sind wegen ihres anders gearteten Ursprungs besonders zu behandeln - ob besser oder schlechter als die Einnahmen „am Fließband“, darauf kommen wir gleich.

Eigentlich rennt Herr Trittin offene Türen ein, wenn er die Gleichbehandlung der verschiedenen Einkommensarten fordert. Denn offenbar ist genau das das Prinzip der heutigen Einkommensteuer: Es werden all die disparaten Einkommen - aus nichtselbständiger Arbeit, aus Land- und Forstwirtschaft, aus Vermietung und Verpachtung, aus Kapital und Vermögen - einfach addiert, und auf die Gesamtsumme wird die Einkommensteuer erhoben. Daß es da gewisse Freibeträge und Ausnahmen gibt, wie z.B. die Nichtbesteuerung von Aktiengewinnen unter gewissen Vorbedingungen, beeinträchtigt nicht das Prinzip.

Aber genau **diese Gleichbehandlung der Einkommen aus Arbeit und aus Kapitalanlagen ist doch gerade der Skandal der heutigen Wirtschaft!** Hierdurch wird nämlich vom Staat praktisch bestätigt, daß es einerseits Leute gibt - und das sind die mehreren -, die ausschließlich auf Arbeit als ihrer Quelle des Lebensunterhalts angewiesen sind und dabei auch noch die Gewinne der Arbeitsplatzgeber und deren Kapitalwachstum mitfinanzieren müssen, und daß andererseits der gesellschaftliche Reichtum, vor allem Produktivkapital und Boden, in wenigen Händen konzentriert bleibt, da derjenige, der dieses Kapital besitzt, auch ohne jegliche Eigenleistung dieses erhalten und vermehren kann.

Doch genug der Klagen. Man kann ja etwas tun gegen diesen weltweit die Armut zementierenden Wahnsinn. - Und zwar kann man **mit einer erstaunlich einfachen Steuergesetzänderung die Misere an der Wurzel packen.**

Ja ja, wir wissen: Die triviale Lösung des Problems mit den Kapitaleinkommen wäre natürlich, Einkommen aus Kapital, Aktiengewinne, Zinsen etc. an sich abzuschaffen. Aber dann wäre jede Kapitalanlage für Privatleute uninteressant (da der Zins = „interest“ fehlt), und es würde nichts übrigbleiben als das ganze Kapital zu verstaatlichen und eine Planwirtschaft einzuführen. Dieses Szenario wurde bekanntlich schon praktisch durchgespielt - Schwamm darüber. Zum Glück gibt es eine weniger triviale Lösung des Problems. Was wir vorschlagen, ist: **Kapitalbesitz soll besteuert werden**, und zwar in der Form, daß

a) derjenige, der viel arbeitet, auch viel Kapital besitzen kann, ohne es versteuern zu müssen; im Gegenteil, **wenn er wenig besitzt, erhält er sogar eine „Negative Kapitalsteuer“, also eine Einkommenszuschlag, vom Finanzamt;**

b) dagegen müssen diejenigen, die viel besitzen, eine kräftige positive Kapitalsteuer abführen, die nur in dem Maße reduziert wird, wie die Betreffenden nachweislich arbeiten. Das geleistete Arbeitsvolumen kann in der Regel aus dem Arbeitseinkommen hergeleitet werden. Diese ganze Kapitalsteuer soll **aufkommensneutral** sein, d.h. alles, was das Finanzamt von den Kapitalbesitzern einnimmt, soll ohne Rest an die wenig besitzenden Arbeitenden ausgeschüttet werden.

Der Effekt dieser Steuer ist eine veritable Aufwertung des Leistungsprinzips mit dem Ergebnis, daß

- 1) die meisten nicht mehr so viel schuften müssen für ihren Lebensunterhalt wie heute, da sie pro Arbeitsstunde nach Steuer („netto“) mehr verdienen;
- 2) eine breite Vermögensbildung stattfindet mit den positiven Wirkungen auf die Altersvorsorge und die Möglichkeit zur Eigenverantwortung;
- 3) die Arbeitslosigkeit abnimmt, da die Leistungsanforderung (Menge, Intensität) je Arbeitsplatz zurückgeht;
- 4) **letztlich auch die Natur aufatmet (Grüne, herhören!)**, da die Wirtschaft als Ganzes in ruhigere Bahnen kommt, der Berufsverkehr und die Geschäftsreisen abnehmen und der Zwang zum Wachstum im Kuriositätenkabinett der Ökonomiegeschichte landet.

(Ende der Ausbaustrecke für Nicht-Mathematiker. Es folgt die Darstellung der einfachsten Form der Negativen Kapitalsteuer durch Formelzeichen.) Es gilt:

$$k_i = r_A \cdot (C_i^T - C_i) \quad \text{wobei} \quad C_i^T = \tau \cdot v_i$$

Die Größe k_i ist die Negative Kapitalsteuer oder besser das Zusatzeinkommen, das das Finanzamt einem Menschen mit Vermögen C_i und Arbeitseinkommen v_i („vau i“) auszahlt. Die Größe ρ_A (sprich „rho A“) ist eine Art „Zinssatz“, der unterhalb der allgemeinen Kapitalrendite liegen soll (damit sich Kapitalbesitz nach wie vor lohnt). C_i^T ist der Kapitalfreibetrag, welcher durch einen Faktor τ (sprich „tau“) mit dem Arbeitseinkommen (z.B. Lohn) v_i zusammenhängt. Wie man an der Gleichung für k_i sieht, findet eine Auszahlung von k_i statt, wenn der Freibetrag C_i^T größer ist als das tatsächliche Vermögen C_i der steuerpflichtigen Person. Andernfalls - wenn das Vermögen C_i über dem Freibetrag liegt - wird k_i negativ, d.h. dieser Kapitalbesitzer muß leider Kapitalsteuer zahlen.
(Fortsetzung der Ausbaustrecke. Das folgende sollte wieder für jedermann verständlich sein.)

Ein Beispiel: Sei $v_i = 100000$ DM/Jahr das Arbeitseinkommen einer Person i , und $\tau = 10$ Jahre der Faktor, mit dem der Kapitalfreibetrag C_i^T berechnet wird. Somit ist $C_i^T = 1$ Mio DM. Sei weiterhin der hier anzuwendende Zinssatz $\rho_A = 3\%$ p.a. Die Negative Kapitalsteuer hängt nun vom Vermögen C_i der Person ab. Fall a: Der Mensch ist quasi besitzlos, d.h. $C_i = 0$. Dieser arme Tropf erhält zur Aufbesserung seiner Verhältnisse eine Negative Kapitalsteuer von $k_i = 30000$ DM/Jahr vom Finanzamt. Fall b: Der Mensch hat ein Vermögen (z.B. ein Haus sowie Aktien) im Wert von zufällig genau 1 Mio DM. Hier ist $C_i = C_i^T$, so daß das Finanzamt ihn (bzgl. der Negativen Kapitalsteuer) in Ruhe läßt. Fall c: Der Mensch hat Reichtümer im Wert von z.B. 10 Mio DM (so etwas gibt es! Kann man überall nachlesen): Er muß 3% von 9 Mio DM, also 270000 DM, ans Finanzamt abführen. Falls er sein Kapital zu einer Rendite von 6% angelegt hatte, muß er also 45% von den Einnahmen abführen. Es bleibt aber jedem überlassen, ob und wie er sein Geld anlegt. Wenn es „unproduktiv“, z.B. in Form einer Villa, einem Privatjet, einer Yacht oder einem brachliegenden Grundstück angelegt wird, ist dennoch Kapitalsteuer fällig. Die Steuer ermutigt also zur produktiven Verwendung des Kapitals oder zu seiner Verschenkung, wenn einer nichts damit anfangen kann.
(Anmerkung: Dies ist die einfachste Form der „Negativen Kapitalsteuer“. In einer anderen, etwas verschärften Variante wird für den Bereich $C_i >$ („größer als“) C_i^T nicht der gemäßigte Zinssatz ρ_A , sondern direkt die Umlaufrendite ρ in Anschlag gebracht.) Mit dieser Negativen Kapitalsteuer werden das Einkommen aus Kapital und das aus Arbeit ganz verschieden behandelt. Und das ist auch richtig so, denn wir müssen hinkommen zu Verhältnissen, wo der Mensch die Wirtschaft beherrscht und nicht mehr das Kapital den Menschen.

Bei allem Verständnis für Jürgen Trittins Interesse an angemessener Besteuerung von Aktiengewinnen möchten wir ihm und den Grünen daher wünschen, daß sie in ihren Äußerungen zur Wirtschaft in Zukunft mehr Einblick in die Gesetze von Marktwirtschaft und Kapitalismus erkennen lassen und ihren ökonomischen Standpunkt besser verdeutlichen. Ansonsten werden sie weder den Bedürfnissen der Natur noch denen der wirtschaftlich tätigen Menschen jemals zum Erfolg verhelfen können.

7.2.2 Flugblatt: Die Marktwirtschaft, ihr Konstruktionsfehler, und wie man ihn behebt

Konzipiert im Frühjahr 1998, bisher nur im Freundeskreis veröffentlicht.

Dieses Informationsblatt erläutert:

- 1) was die Marktwirtschaft an sich für eine geniale Erfindung ist;
- 2) warum sie aber dennoch immer wieder zu Armut, Streß, Arbeitslosigkeit führt;
- 3) wie man den Systemfehler der heutigen Marktwirtschaft beheben kann, so daß eine Marktwirtschaft ohne Armut, ohne Klassengegensätze und ohne Wachstumszwang, mit hohen Einkommen und „Wohlstand für alle“ entsteht.

Die Marktwirtschaft ist an sich eine geniale Einrichtung.

In jeder Gesellschaft sind wirtschaftliche Probleme zu lösen, die aus der „Knappheit“ von Gütern resultieren ([V195], S. 3). „Knappheit“ heißt hier aber nur, daß man mit den verfügbaren Ressourcen Kapital, Arbeit, Boden und den damit hergestellten Gütern ökonomisch umgehen muß; es heißt nicht, daß immer zu wenig davon da ist - eine effiziente Wirtschaft hat gerade die Aufgabe, jedwede Mangelerscheinungen zu überwinden und die materiellen Probleme zu einem Ding der Vergangenheit zu degradieren.

Zur Lösung des Problems der möglichst effizienten Aufteilung der Ressourcen auf die jeweiligen Wirtschafts und Gesellschaftssphären (Landwirtschaft, Industrie, Verwaltung; Warenherstellung, Dienstleistungen; Marketing, Fertigung, Vertrieb, Forschung und Entwicklung; Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur etc.) gibt es zwei prinzipiell verschiedene Ansätze:

1) Marktwirtschaft; 2) Planwirtschaft.

In der *Marktwirtschaft* (1) wird diese Verteilungsaufgabe den *Märkten* mit ihrem Mechanismus von *Angebot und Nachfrage* zugetraut: Es gibt Märkte für Waren&Dienstleistungen, Geld, Kapital sowie den Arbeitsmarkt, auf dem die Menschen ihre Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt anbieten.

In der zentralen *Planwirtschaft* (2) dagegen wird diese Ressourcenallokation von einer zentralen Verteil-Behörde vorgenommen.

Es hat sich inzwischen gezeigt, daß - wie auch theoretisch zu erwarten war - die *Marktwirtschaft* mit ihren *dezentralen* Mechanismen weit besser in der Lage ist, die Ressourcenallokation effizient durchzuführen. Das heißt natürlich nicht, daß in der Marktwirtschaft überhaupt nicht geplant wird, aber diese Planung bezieht sich nur jeweils auf bestimmte Teilgebiete der Wirtschaft. Der wesentliche Unterschied ist, daß es in der Marktwirtschaft eine Konkurrenz auf den verschiedenen Märkten gibt, so daß die jeweiligen Körperschaften, auch wenn sie intern eine Planwirtschaft betreiben, gegeneinander um die beste Performance konkurrieren müssen; dies führt - trotz gelegentlicher Reibungsverluste, Irrwege und Kollisionen - zur Maximierung der Effizienz der Gesamtorganisation.

Warum gibt es dennoch Armut und Arbeitslosigkeit?

Der Konstruktionsfehler der Marktwirtschaft

Die „Erfinder der Marktwirtschaft“ haben - absichtlich oder unabsichtlich - einen kleinen Schönheitsfehler dieser Wirtschaftsweise übersehen: Es gibt in ihr zwei grundsätzlich verschiedene Einkommensquellen, die - wenn man sie gleich behandelt - zu einer Divergenz der Vermögen und zu einer Spaltung der Gesellschaft in zwei deutlich unterscheidbare „Klassen“ führt. Es gibt nämlich:

a) Einkommen aus Arbeit

b) Einkommen aus Kapital und Vermögen.

Einkommen aus Arbeit ist vor allem Lohn oder Gehalt der Arbeiter und Angestellten, daneben auch die Beamtengehälter und die Bezüge von Leitenden Managern sowie Unternehmern und Selbständigen, *sofern sie aus deren Arbeit entspringen*.

Einkommen aus Kapital und Vermögen sind dagegen leistungslose, nicht aus eigener Arbeit entspringende Einkommen, z.B. Zinseinnahmen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, und die Bezüge von Unternehmern und Selbständigen, *soweit sie nur auf deren Eigentumsrechten beruhen*. Diese Kapitaleinkommen beruhen auf dem *Zinsprinzip* (siehe auch das Stichwort „*Zinseinkommen*“ in [WW95]): Wer Kapital oder Vermögen besitzt, darf für dessen Benutzung eine Gebühr verlangen, und zwar soviel, wie der Markt hergibt.

Das Faszinierende an den *leistungslosen Einkommen* ist nun, daß sie „von alleine“ sprudeln und so das Kapital, woraus diese Einkommen entspringen, quasi automatisch immer weiter anwächst, sofern man es nur richtig anlegt. Das Kapital hat nämlich wie ein *Katalysator* die Eigenschaft, für den Wirtschaftsprozeß nützlich zu sein, ohne sich dabei zu verbrauchen.

Dagegen sind die *Einkommen aus Arbeit* durch die Arbeitsmenge, die ein Mensch schafft, begrenzt, und außerdem sind die Löhne wegen der Gesetze des Arbeitsmarkts mehr oder

weniger beschränkt auf den notwendigen Lebensunterhalt der Arbeiter, so daß sie prinzipiell nicht über dasjenige Maß ansteigen, was ein Mensch so für ein bescheidenes Leben braucht, egal wie sehr der Arbeiter oder Angestellte motiviert ist und Leistung bringt. De facto ist gerade die Differenz zwischen der von den Arbeitenden geleisteten Wertschöpfung und dem, was an Lohn ausbezahlt wird, die Quelle der leistungslosen Einkommen auf der Kapitaleseite.

Das *Zinsprinzip* (Profit wandert immer da hin, wo bereits viel Vermögen vorhanden ist) führt zur Reichtumsansammlung in Händen weniger und zur ständigen „Ausbeutung“ der großen Mehrheit der Menschen.

Diese Ausbeutung zeigt sich sowohl an den Arbeitenden wie an den *Arbeitslosen*: Die ersteren müssen bis zum Umfallen ranklotzen (Überstunden leisten, immer flexibel, motiviert und mobil sein), bloß um ihren Lebensunterhalt zu verdienen; die letzteren genügen aus irgendwelchen Gründen (unpassende Ausbildung, zu alt, zu jung, falscher Wohnort) nicht den hohen Ansprüchen der „Wirtschaft“ und müssen daher sehen, wo sie bleiben.

Fazit: Durch den unkontrollierten Zinsmechanismus ist die Marktwirtschaft zum „*Kapitalismus*“ entartet, wodurch der legendäre Ruf der Marktwirtschaft als eine Einrichtung, die „Wohlstand für alle“ garantiert, ruiniert wurde.

Wie läßt sich der Fehler beheben? „*Arbeit soll sich wieder lohnen!*“

Wir wollen nun das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, wie es in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in mehreren Ländern dieser Erde geschehen ist. Wir wollen also die Marktwirtschaft mitsamt Privateigentum an Produktionsmitteln, Zinseinkommen, Arbeitsmarkt usw. vollständig beibehalten.

Das einzige, was sich ändern soll, ist: *Arbeit soll sich wieder lohnen*. Denn - mal ehrlich - lohnt sich das Arbeiten, wenn der größte Teil der erarbeiteten Werte ständig der Kapitaleseite anheimfällt?

Ja, doch! Und zwar dann, wenn man selber nicht nur auf der Seite der Arbeit, sondern auch auf der Kapitaleseite steht. Wenn man also Kapital besitzt, und zwar gerade soviel, daß die eigene Arbeit durch die Summe aus Arbeitslohn und Kapitaleinkommen voll bezahlt wird. Wie kann eine solche an der Arbeitsleistung orientierte Kapitalverteilung bewirkt werden? Durch eine einfache fiskalische Maßnahme: Eine **Vermögenssteuer** einerseits und eine **Negative Kapitalsteuer** für Wenig-Besitzende andererseits. Diejenigen, die viel arbeiten und wenig besitzen, sollen nämlich ein sogenanntes

„Kapital-Einkommen ersetzendes Zusatzgehalt“ (KIES)

bekommen, das sich auf der anderen Seite aus einer Vermögenssteuer für wenig-arbeitende Viel-Besitzer finanziert, so daß der KIES ein aufkommensneutrales *Nullsummenspiel* darstellt. Die **Formel für den KIES** k_i , den ein Mensch erhält, soll lauten:

$$k_i = \begin{cases} +\mathbf{r}_A \cdot (C_i^T - C_i) & \text{falls } C_i \leq C_i^T \\ -\mathbf{r} \cdot (C_i - C_i^T) & \text{falls } C_i > C_i^T \end{cases}$$

Dabei ist C_i das Kapitalvermögen der betreffenden Person und C_i^T ihr Kapital-Freibetrag, der umso höher ist, je mehr Einkommen aus Arbeit der Mensch erzielt hat. (Bei Rentnern wird die frühere Arbeit, bei Hausfrauen die familiäre Arbeit beim Arbeitseinkommen angerechnet.) Der KIES k_i ist also für kleine bis mittlere C_i positiv, während er bei Überschreitung des leistungsabhängigen Kapital-Freibetrags C_i^T negativ wird, sich somit in eine Vermögenssteuer verwandelt, die den Profit, der aus dem Überschußkapital entspringt, abschöpft. Der Parameter \mathbf{r} (rho) ist nämlich die durchschnittliche Umlaufrendite des Kapitals; \mathbf{r}_A dagegen ist ein unterhalb von \mathbf{r} liegender „virtueller Zinssatz“, mit dem das „KIES-Amt“ (eine gemeinnützige „Non-Profit“ Abteilung des Finanzamts, die den KIES-Transfer durchführt) den

wenig-besitzenden Arbeitern und Angestellten ihr (noch) nicht vorhandenes Vermögen verzinst, so daß sie es in kurzer Zeit zu realem Vermögen bringen.

Der **Effekt** dieses „**KIES-Gesetzes**“ ist, daß die Kapitaleinkommen an die Arbeitseinkommen gekoppelt werden; die Einkommen aus Arbeit werden durch den KIES erheblich aufgestockt, das Phänomen „Armut“ wird zurückgeführt; die Menschen müssen für ihren Lebensunterhalt deutlich weniger arbeiten, haben mehr Freizeit für ihre Familie etc.; Teilzeitarbeit bei vollem Einkommen „nach KIES“ wird zur Norm; die Mittel für gehobene Bedürfnisse wie Bildung und Kultur nehmen zu; die für einen Lebensunterhalt erforderlichen Mindestvoraussetzungen an Leistungskraft und Arbeitsgeschwindigkeit werden zurückgeschraubt, wodurch der Grund der hohen *Arbeitslosigkeit verschwindet*, die Firmengewinne werden nicht mehr automatisch in das Wachstum von Kapital und Produktivität hineingesteckt, sondern gehen erst einmal in die Verfügung der Arbeitenden über, die dann frei entscheiden können, ob sie diesen „Mehrwert“ konsumieren oder für Neu-Investitionen verwenden wollen; der *Zwang zum Wachstum verschwindet*, die PCs und die Produktionsanlagen veralten langsamer, es wird weniger weggeworfen, der Berufsverkehr reduziert sich; die Natur kann sich erholen. Der KIES ist im Endeffekt ein *Regler*, der die divergierenden Tendenzen der Marktwirtschaft auffängt und eine Konvergenz der Verhältnisse bewirkt, so daß die Spaltung zwischen Kapital und Arbeit verschwindet und die Menschen zu souveränen Subjekten ihrer Wirtschaft werden.

Falls es gelingt, diesen Profit-Ausgleichsmechanismus, der die unerwünschten Wirkungen des Zinsgesetzes neutralisiert, international einzuführen, wird der Wettbewerbs-„Orkan“ auf dem Weltmarkt sich beruhigen; das Schicksal eventueller gelegentlicher „Verlierer“ des Konkurrenzkampfes wird gemildert und die Entwicklungsländer werden aus dem Würgegriff der Zinsabhängigkeiten befreit.

Dies wäre für alle Beteiligten ein Segen. Wir halten also fest: 1) Marktwirtschaft und Kapitalismus sind nicht dasselbe; 2) Zwischen den zwei Übeln des Kapitalismus einerseits und der zentralen Planwirtschaft andererseits gibt es einen sauberen, durchgerechneten Mittelweg: die

Marktwirtschaft mit leistungsgeregelter Profitverteilung.

Mehr Aufklärung zu den Mechanismen der heutigen Marktwirtschaft wie auch eine detaillierte, quantitative Darstellung der zukünftigen „New Economy“, die sich durch die KIES-Einführung ergeben kann, findet sich in dem Buch [KLB], das gegenwärtig für den Druck vorbereitet wird. Weitere Informationen folgen.